

# Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift  
Tageblatt Riesa,  
General Nr. 90,  
Postfach Nr. 52.

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto  
Riesa 1580,  
Strohkasse:  
Riesa Nr. 52.

Nr. 46.

Dienstag, 24. Februar 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Versagens von Produktionsverrichtungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen. Eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 28 mm breite Zeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 30%, Aufschlag Rest-Linie, Bemerklicher Rabatt erzielt, wenn der Vertrag verläuft, durch Abgabe eingeleitet werden muß oder bei Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei der Riesauer oder der Verlegerungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ullmann, Riesa; für Anzeigentel: Wilhelm Dittich, Riesa.

## Rüstungshandel u. Abrüstungsverhandlungen.

Die Autorität des englischen Pazifisten und Völkerbundsfreundes Lord Cecil hat infolge der schwankenden Stellung, die er auf der vorbereitenden Abrüstungskonferenz des Genfer Völkerbundes einnahm, in deutschen Ländern sehr gelitten. Wir begrüßen es daher doppelt aufrichtig, daß der Lord jetzt in einem offenen Briefe an die „Londoner Times“ das Prinzip vertritt, daß das Deutsche Reich auf Grund der Bestimmungen des Versailler Vertrags nicht nur einen moralischen, sondern auch einen rechtlichen Anspruch auf eine wirkliche internationale Abrüstung besitzt.

Wird aber nicht überall in der Welt gegenwärtig aufgerollt? Die Amerikaner, die einige Wochen Europa besuchten und dann in ihre Heimat zurückkehrten, gewinnen vielfach den Eindruck, daß Europa unmittelbar vor einem neuen Kriege steht. Diese Eindrücke sind so intensiv, auch so laut geworden, daß kein Geringerer als der frühere Staatssekretär Kellogg, der Vater des nach ihm benannten Kelloggabkommens, mit der Erklärung herandrückt, daß davon keine Rede sein könne. Jeder vernünftige Mensch, der mit der politischen Lage Europas wirklich vertraut sei, wisse vielmehr, daß der Friede der europäischen Völker gegenwärtig nicht gefährdet ist.

Es wäre eine wertvolle Festigung des labilen Friedenszustandes, in dem sich unser Festland befindet, wenn die Arbeiten des Engländers Craigie und des Franzosen Massigli, die auf eine Verständigung in der französisch-italienischen Flottenverhandlung hinarbeiten, von Erfolg gekrönt wären. Mr. Craigie ist Direktor im Foreign Office, Sachverständiger für Flottenabrüstungsfragen und Vertrauter Macdonalds. Er hat seinen Ministerpräsidenten vor anderthalb Jahren nach Washington begleitet, war einer der Hauptdelegierten Englands auf der Londoner Flottenkonferenz 1930 und ist seitdem fast ununterbrochen zwischen London, Paris und Rom hin und her gereist, um einen Ausgleich der französisch-italienischen Interessengegensätze in der Seeabrüstungsfrage zu erreichen. Er hat jetzt zusammen mit dem Franzosen Massigli, der, wie man sich erinnert, die französische Delegation auf der vorbereitenden Abrüstungskonferenz in Genf führte, einen Referentenentwurf fertiggestellt, der in der Tat geeignet erscheint, eine Einigung zwischen Paris und Rom in den sehr unruhigen Seeabrüstungsfragen herbeizuführen.

Die französische Regierungspresse zeigte sich in den letzten Tagen äußerst beunruhigt über das für Frankreich offensichtlich ungünstige Ergebnis der bisherigen Flottenverhandlungen. Nach Pariser Statistiken vermehrte sich die französische Kriegslotte im ersten halben Jahre dieser Periode nur um 26 000 Tonnen, während die italienische Flotte den Bau ihrer auf viel liegenden Schiffe beschleunigten und in der gleichen Zeit ihre Kriegslotte um 60 000 Tonnen vermehrte. Würde diese Entwicklung so weiter verlaufen, dann würde sich das Flottenverhältnis beider Länder automatisch zugunsten Frankreichs verschieben. Selbstverständlich sollte auch wieder der Panzerkreuzer A, das selbstberühmte „Wentzelschiff“, in der französischen Regierungspresse herum, dieses Mal allerdings in der Form eines neuen französischen großen Kreuzers von 23 000 Tonnen. Wie ist da zu helfen?

Die Flottenabwärtigen Craigie und Massigli glauben den Seiten der Weisen gefunden zu haben. Von der Flottenparität, die von Rom gefordert wird, schreiben sie in ihrem Entwurf kein Wort. Sie schlagen aber vor, daß Frankreich und Italien bis zum Jahre 1935, in dem die Erneuerung des Londoner Vertrags von 1930 formell in Kraft tritt, in jedem Jahre nur die gleiche Tonnage für neue Einheiten in Bau geben. Dadurch gesteht Frankreich faktisch von jetzt an den Italienern die Flottenparität zu. Es hat aber einen Vorbehalt, den die beiden Sachverständigen sehr wohl kennen, von 167 500 Tonnen. Dieser umwertet sich allerdings von Jahr zu Jahr mehr. Alles kommt jetzt darauf an, was die Italiener, was Mussolini zu diesem Vorschlag der französisch-italienischen Sachverständigen sagt. Nimmt der Duce ihn an, dann hat der englische Diplomat Craigie seinem Lande wieder einen hervorragenden Dienst erwiesen. Käme es nämlich zwischen Paris und Rom zu keiner Verständigung in der Seeabrüstungsfrage, dann wäre das ganze Londoner Seeabrüstungsabkommen zwischen England, den Vereinigten Staaten Nordamerikas und Japan in Frage gestellt, da dann die Sicherheitsklausel des Dreierpaktes in Kraft tritt, durch die alle Vertragsmächte von den in London übernommenen Pflichten entbunden würden. Gestalt jetzt aber die Verständigung zwischen Frankreich und Italien und bringt Mr. Craigie überdies aus Paris, wie verlautet, noch die Vereinbarung mit, daß Frankreich auch seine Landboottonnage weiter herabsetzt, dann werden alle Briten das Verhandlungsergebnis Craigies willkommen heißen, während alle Deutschen einen Grund mehr zu der Befürchtung haben, daß der Rüstungshandel in Paris auf ihrem Rücken und auf ihre Kosten abgeschlossen wurde.

Die Franzosen und Engländer mögen sich allerdings nicht darüber hinwegsetzen, daß ihre bisherigen Abrüstungsgehörden nicht zum Ziele führen. Die moralische und rechtliche Abrüstungsverpflichtung der deutschen Nation gegenüber bleibt bestehen. In Amerika weiß man, daß der Wahnsinn, jährlich 7 Milliarden für Abrüstungswende auszugeben, nur durch männliche Entschlüsse der verantwortlichen englischen und französischen Staatsmänner unterbunden werden kann. Jetzt will der Generalsekretär des Völkerbundes ihn auch statisch verlassen, denn er hat soeben

## Abbruch der Agrarberatungen des Reichskabinetts.

Das Reichskabinetts schloß gestern unter dem Vorsitz des Reichskanzlers seine agrar- und wirtschaftspolitischen Erörterungen ab.

Die gefassten Beschlüsse wird Reichsminister Dr. Schiele in seiner Rede zum Haushalt des Reichsernährungsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft vertreten.

Das Reichskabinetts hat gestern drei Sitzungen abgehalten. Daraus ist zu entnehmen, daß unter allen Umständen versucht werden soll, bis heute eine Einigung über die schwierigen Agrarfragen herbeizuführen. Der Reichsernährungsminister bringt nämlich heute nachmittag den Stat seines Ministeriums mit einer großen Rede ein. Er hat den verständlichen Wunsch, sich dabei ausführlich über das Agrarprogramm zu äußern. Er wird offenbar auch vom Reichskanzler stark unterstützt, der gestern abend zwischen den Kabinettsitzungen auch noch eine Besprechung mit dem Reichsfinanzminister und dem Reichsarbeitsminister hatte, um ihre Bedenken gegen die Restpunkte zu zerstreuen. Bisher ist es gelungen, über eine Reihe von Punkten eine Verständigung herbeizuführen. Dabei handelt es sich einmal um die Bewilligung der fünf Millionen für den Ausbau der Genossenschaften.

Ferner ist ein Ausschuss von Vertretern der Reichsbank, der Rentenbankkreditanstalt, der Preußenkasse und anderer beteiligten Institute eingesetzt worden, der die Frage der Finanzierung der Landwirtschaft für alle Personalkredite der Landwirtschaft prüfen soll. Schließlich ist auch Einverständnis über die Holzfrage erzielt worden, und zwar in Form der vom Reichsernährungsminister verlangten Ermächtigung, die freilich an die Voraussetzung gebunden ist, daß es in Verhandlungen mit Schweden und Dänemark gelingt, die gegenwärtigen Bindungen zu befreien.

## Heute Agrardebatte im Reichstag.

Berlin. (Funkpruch.) Im Reichstag, dessen Sitzung wie üblich um 8 Uhr begann, soll heute die große Debatte über das Agrarprogramm beginnen. Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Haushalts des Reichsernährungsministeriums und verbunden damit die Anträge auf Herabsetzung des Zinsfußes für Meliorationsdarlehen, die Niederlegung von Winterkrediten, die Verbilligung von Frischfleisch, anstelle des früheren Gefrierfleischkontingents und zahlreiche agrarpolitische Anträge der Staatspartei. Die Döhlkegesetze und die neue Agrarvorlage der Reichsregierung sind zwar dem Reichstag noch nicht zugegangen, können also noch nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden. Da aber das Reichskabinetts gestern keine Beratungen über die Ermächtigung zu Zollherabsetzungen für landwirtschaftliche Veredelungsprodukte und über die sonstigen Agrarmaßnahmen abgeschlossen hat, so beabsichtigt Reichsernährungsminister Schiele, wie das Nachrichtenbüro des VöD. hört, die heutige Beratung seines Staats mit einer großen Rede einzuleiten, in der er das ganze Agrarprogramm der Regierung dem Reichstag und der Öffentlichkeit unterbreiten will. Formell können allerdings die Döhlke- und die neue Agrarvorlage vom Reichstag jetzt noch nicht mit erledigt werden, da sich zunächst der Reichstag damit zu befassen hat. Es kann also im Reichstag in diesen Tagen nur eine Aussprache darüber stattfinden. Deshalb machen auch die Deutschnationalen noch keine Anstalten, in den Reichstag zurückzukehren; sie haben auch für heute wieder keine Fraktionsführung anberaumt, während sich alle übrigen Fraktionen, mit Ausnahme der Nationalsozialisten und Deutschnationalen, kurz vor Beginn der Plenarberatungen versammeln.

an alle Staaten unseres Planeten die letzten Beschlüsse des Völkerbundsrats gesandt und sie aufgefordert, baldmöglichst in Genf ihre Angaben über die Rüstungen technischer und anderer Art zu machen. Wie sich aus der Ankündigung des Genfer Völkerbundssekretariats ergibt, sind jetzt schon die diplomatischen Vorbereitungen für die internationale Abrüstungskonferenz 1932 im vollen Gange.

## Der frühere Großherzog von Oldenburg gestorben.

Oldenburg. (Funkpruch.) Der frühere Großherzog von Oldenburg Friedrich August ist heute früh gestorben. Der Großherzog, der am 16. November 1852 geboren war, kam am 13. Juni 1900 zur Regierung. Während der Revolution verzichtete er freiwillig auf seinen Thron und lebte dann meist auf dem Schloß Holtebe. In der Nachkriegszeit verlor er, sich an dem Wirtschaftslieben Oldenburgs zu beteiligen.

Die Agrardebatte kann allerdings noch nicht gleich um 8 Uhr beginnen, da der Reichstag vorher noch einiges anderes zu erledigen hat: Die Einsprüche von vier Nationalsozialisten gegen ihren Ausschluss von der Sitzung, die dritte Lesung der Novelle zum Gesetz über die Rentenbankkredite anhalt und die Bestimmungen über den Verleumdungsdelikt und die Haushalte des Rechnungshofes und des Sparkassenwirts.

Ferner soll vor der Beratung des Ernährungssetats auch noch die erste Lesung der von den Kommunisten gestern beantragten „Millionärsteuer“ erledigt werden. Beantragt ist eine Sondersteuer von 20 Prozent auf alle Vermögen über eine halbe Million, alle Einkommen über 50 000 RM, alle Dividenden, Aufsichtsratsanteile usw. Der Reichsernährungsminister wird also seine mit Spannung erwartete Rede voraussichtlich am späten Nachmittag erst halten können.

Am Vormittag hielten zahlreiche Ausschüsse des Reichstages Sitzungen ab. Der Untersuchungsausschuss erörterte weiter die Rogenabstufungsaktion, der volkswirtschaftliche Ausschuss beriet Durchführungsvorschläge zum Reformgesetz, der Strafrechtsausschuss die Vorarbeiten über die Einziehung von Gegenständen.

Im Haushaltsausschuss wurde die Einzelberatung des Finanzsetats fortgesetzt.

## Reichsregierung für Ratifizierung des Boltenvertrags und der Genfer Zollabmachungen.

Berlin. (Funkpruch.) Wie wir erfahren, hat sich das Reichskabinetts in seiner gestrigen Abend Sitzung auch mit dem politischen Handelsvertrag und der Genfer Vereinbarung beschäftigt, in der festgelegt wird, daß die beteiligten europäischen Staaten auf Zollherabsetzungen verzichten, wenn nicht „dringende Umstände“ oder die innere Beschaffenheit der Staaten Ausnahmen erforderlich machen. Nach den gestrigen Beratungen des Reichskabinetts ist nunmehr das mit zu rechnen, daß der Reichstag über die Ratifizierung beider Abkommen noch während seiner gegenwärtigen Sitzungsperiode beschließen wird.

## Reichsregierung verlangt Generalermächtigung.

Berlin, 24. Februar. Wie wir erfahren, hat sich das Reichskabinetts in der gestrigen Abend Sitzung, in der es nach der amtlichen Mitteilung die agrarpolitischen Erörterungen abschloß, darauf geeinigt, daß es vom Reichstag die Generalvollmachtigung verlangt wird, alle zur Förderung der Wirtschaft notwendigen Maßnahmen zu ergreifen.

Mit dieser Formulierung, die etwa einem erweiterten Vertrauensvotum gleichkommt, würde der Regierung das Mittel gegeben sein, der Landwirtschaft die notwendige Hilfe zu bringen, soweit sie im Rahmen der Gesamtwirtschaft möglich erscheint. Außerdem wird den Einwänden psychologischer Art, die von den Gegnern der Pläne des Reichsernährungsministers erhoben worden sind, durch die Ausdehnung der Ermächtigung auf die Gesamtwirtschaft Rechnung getragen werden. Das Kabinetts hat auch bereits die Formel für die Ermächtigung ausgearbeitet, die von ihm selbst an eine bestimmte Frist gebunden wird.

Die Einzelheiten der Maßnahmen, namentlich auf dem Gebiet der Veredelungswirtschaft, dürften der Reichsregierung zum geeigneten Zeitpunkt vorbehalten bleiben. In politischen Kreisen sieht man der heuligen Erklärung des Reichsernährungsministers mit großer Spannung entgegen, da sie eine Reihe programmatischer Einzelheiten erhalten wird.

## Staatssekretär a. D. v. Capelle gestorben.

Wiesbaden. Der frühere Staatssekretär des Reichsmarineministers, Admiral Eduard v. Capelle, ist gestern früh in Wiesbaden im Alter von 75 Jahren an Herzschlag verstorben. Er lebte in den letzten Jahren aus gesundheitlichen Rücksichten hauptsächlich in Baden-Baden und zuletzt in Wiesbaden. — Admiral von Capelle wurde bekanntlich der Nachfolger des Großadmirals v. Tirpitz als Staatssekretär des Reichsmarineministers, als Tirpitz im März 1916 zurücktrat, nachdem es ihm nicht gelungen war, die deutsche Regierung zur Ausnahme des uneingeschränkten U-Bootkrieges zu bewegen.

Berlin. (Funkpruch.) Der Herr Reichspräsident hat der Witwe des verstorbenen Admirals von Capelle folgendes Beileidstelegramm gesandt:

„Eure Erzelenng bitte ich, den Ausdruck meiner herzlichsten Anteilnahme an dem schweren Verlust, der Sie durch den Tod Ihres Herrn Gemahls betroffen hat, entgegenzunehmen. Ich werde des Verstorbenen, der sich in seiner langen Dienstzeit im Frieden und Krieg um die Marine und das Vaterland große Verdienste erworben hat, stets in Ehren gedenken.“

aus. von Hindenburg, Reichspräsident.“